

Noch wächst die Wirtschaft

Konjunkturumfrage. Trotz Eurokrise blickt immerhin ein Drittel der deutschen Wirtschaft positiv in die Zukunft. Die Unternehmen rechnen für das kommende Jahr zwar mit einer nachlassenden Dynamik, aber nicht mit einer Rezession.

Normalerweise sind die Börsenkurse ein recht guter Indikator dafür, wie es den Unternehmen geht – doch was ist in Zeiten von Finanz- und Schuldenkrise schon noch normal? Die aktuelle Achterbahnfahrt der internationalen Börsen jedenfalls nicht. Zwar mehren sich die Zeichen, dass auch die deutsche Wirtschaft bald kleinere Brötchen backen muss. Noch aber sehen die annähernd 2.600 Unternehmen aus West- und

Ostdeutschland, die das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in den vergangenen Wochen befragt hat, ihre aktuelle Lage überwiegend optimistisch.

Im Vergleich zu 2010 schätzen derzeit 46 Prozent der Firmen ihre wirtschaftliche Situation als besser ein. Nur 15 Prozent beurteilen ihre Lage als schlechter, der Rest kann keine Veränderung bei seiner Geschäftslage feststellen.

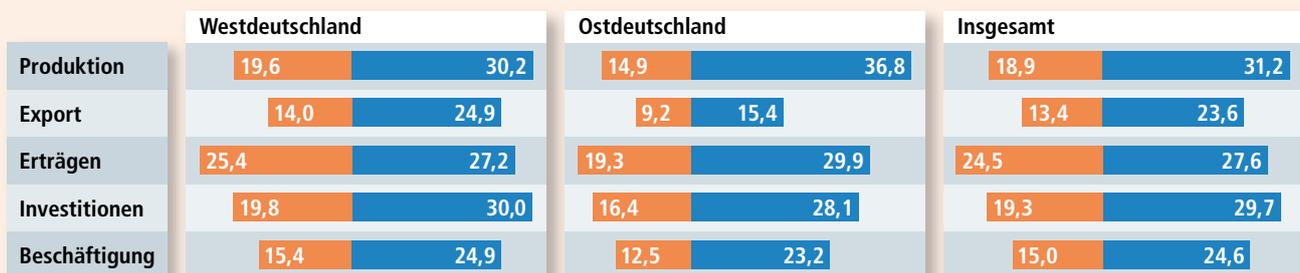
Allerdings hat sich die Einschätzung im Vergleich zum Frühjahr deutlich verschlechtert: Vor einem halben Jahr sagten noch knapp 60 Prozent der Betriebe, ihre Lage sei besser als im Vorjahr.

Das IW Köln prognostiziert deshalb für das kommende Jahr nur ein verhaltenes Wirtschaftswachstum – das Bruttoinlandsprodukt dürfte 2012 um rund 1 Prozent zulegen. Auch die Beschäftigung wird weiter steigen, allerdings ebenfalls nur leicht.

Die Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage im Detail: →

Konjunktur: Optimismus überwiegt

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2012 eine ■ Abnahme von ... ■ Zunahme von ...



Rest zu 100: gleichbleibend
 Quelle: IW-Befragung von 2.037 Unternehmen in Westdeutschland und 557 Unternehmen in Ostdeutschland im Oktober/November 2011

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwkd 47

Inhalt

Neuverschuldung. Weil die Steuereinnahmen in den kommenden Jahren steigen, ist Konsolidierung machbar.
Seite 3

Lohnentwicklung. Warum die Arbeitskosten in Deutschland schneller klettern als die Nettolöhne.
Seite 4

Staatsverschuldung. Fast alle Industrienationen müssen sparen – wie das funktioniert, zeigen die „Asian Five“.
Seite 5

Verkehrsetat 2012. In das deutsche Straßennetz wird seit Jahren viel zu wenig investiert.
Seite 6

Klimapolitik. Ab kommender Woche wird in Durban über einen Nachfolgetratt des Kyoto-Abkommens verhandelt.
Seite 7

Mobile Anwendungen. Nur jedes dritte kleine und mittlere Unternehmen nutzt das mobile Internet.
Seite 8

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



• **Die Produktionserwartungen** werden zwar nach wie vor von den zuversichtlich gestimmten Unternehmen dominiert, doch im Frühjahr 2011 sahen noch fast doppelt so viele Firmen eine rosige Zukunft (Grafik Seite 1):

Derzeit erwarten rund 31 Prozent der Unternehmen 2012 einen Produktionszuwachs, vor sechs Monaten waren es noch 61 Prozent.

Spiegelbildlich dazu hat sich die Zahl derjenigen erhöht, die mit einem Produktionsminus rechnen: von 9 Prozent im Frühjahr auf aktuell fast 19 Prozent.

Immerhin geht die Hälfte der heimischen Firmen noch immer davon aus, dass es im kommenden Jahr bei einer stabilen Geschäftstätigkeit bleibt. Die Unternehmen befürchten also keine Rezession. Allerdings sind die westdeutschen Betriebe weniger

zuversichtlich als die ostdeutschen (Grafik):

Der Saldo zwischen positiven und negativen Produktionserwartungen für das kommende Jahr beträgt in Ostdeutschland 22 Prozentpunkte – im Westen sind es nur 11 Prozentpunkte.

In den vorherigen Umfragen war es genau umgekehrt: Hier gaben jeweils die westdeutschen Betriebe deutlich optimistischere Produktionsprognosen ab als die ostdeutschen Firmen.

• **Beim Export** rechnen die Unternehmen für das nächste Jahr mit einem deutlichen Rückgang. Zwar glaubt ein knappes Viertel der Betriebe, dass die Ausfuhren zunehmen werden, und nur gut 13 Prozent der Unternehmen rechnen mit einer sinkenden Auslandsnachfrage. Der aktuelle Saldo aus positiven und nega-

tiven Einschätzungen beläuft sich damit allerdings nur noch auf 10 Prozentpunkte – vor einem halben Jahr waren es noch fast 35 Prozentpunkte. Besonders pessimistisch zeigen sich momentan die Industrieunternehmen – ihre Exporterwartungen sind am stärksten gesunken.

• **Die gegenwärtigen Investitionspläne** der Betriebe sind zwar zurückhaltender als in den vergangenen zwölf Monaten, doch im Vergleich zu früheren Zeitpunkten – etwa zwischen 2002 und 2005 – ist die Zuversicht größer:

Derzeit planen annähernd 30 Prozent der Unternehmen für 2012 höhere Investitionen ein als in diesem Jahr, knapp 20 Prozent gehen von rückläufigen Investitionen aus.

Vor allem in der Industrie und im Dienstleistungssektor denken die Firmen eher über mehr als über weniger Neuanschaffungen nach. Lediglich in der Bauwirtschaft ist das Investitionsklima frostig: Hier überwiegt die Zahl der Betriebe, die ihre Budgets zurückfahren wollen.

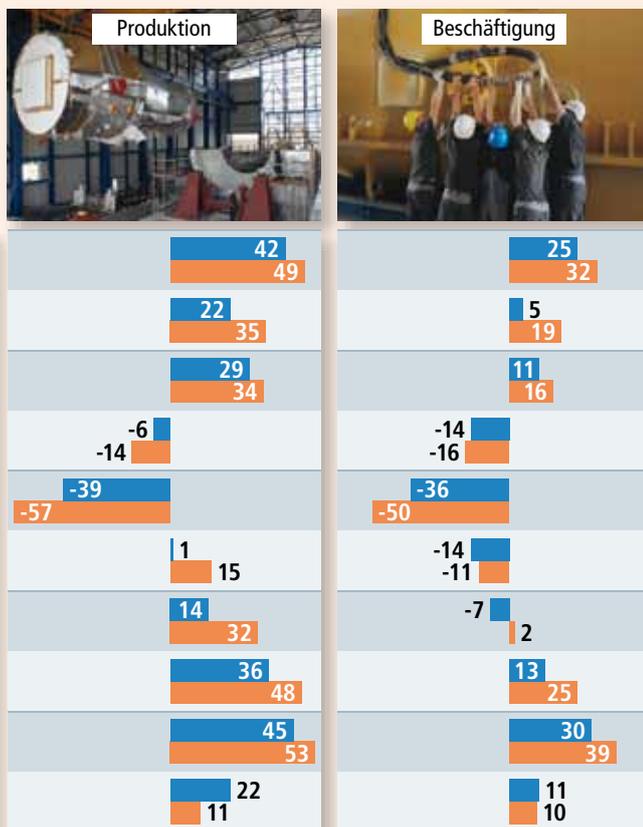
• **Auf die Beschäftigung** hat die getrübe Konjunkturstimung erfreulicherweise kaum Auswirkungen. Fast jeder vierte Betrieb plant laut IW-Umfrage, die Zahl seiner Mitarbeiter im nächsten Jahr zu erhöhen; nur jedes siebte Unternehmen rechnet mit einem Stellenabbau. Die große Mehrheit – rund 60 Prozent – geht von einer stabilen Beschäftigungslage im Jahr 2012 aus.

Vergleichsweise viele neue Mitarbeiter wollen die Dienstleistungsunternehmen einstellen: Annähernd 27 Prozent erwarten ein Beschäftigungsplus, nur 14 Prozent ein Minus. Auch im Industrie- und Bausektor überwiegen die Unternehmen, die Personal auf- statt abbauen wollen, wenn auch in deutlich geringerem Maße als im Dienstleistungsbereich.

IW-Konjunkturumfrage: Der Boom ist vorbei

Saldo zwischen positiven und negativen Erwartungen, in Prozentpunkten

■ Ostdeutschland
■ Westdeutschland



Frühjahr: Erwartungen im Frühjahr für das laufende Jahr, Herbst: Erwartungen im Herbst für das kommende Jahr; Quelle: IW-Befragungen

Die Einnahmen steigen kräftig

Neuverschuldung. Nach der aktuellen Steuerschätzung nehmen Bund, Länder und Gemeinden 2011 rund 40 Milliarden Euro mehr Steuern ein als 2010 – und die kommenden Jahre sehen ähnlich rosig aus.

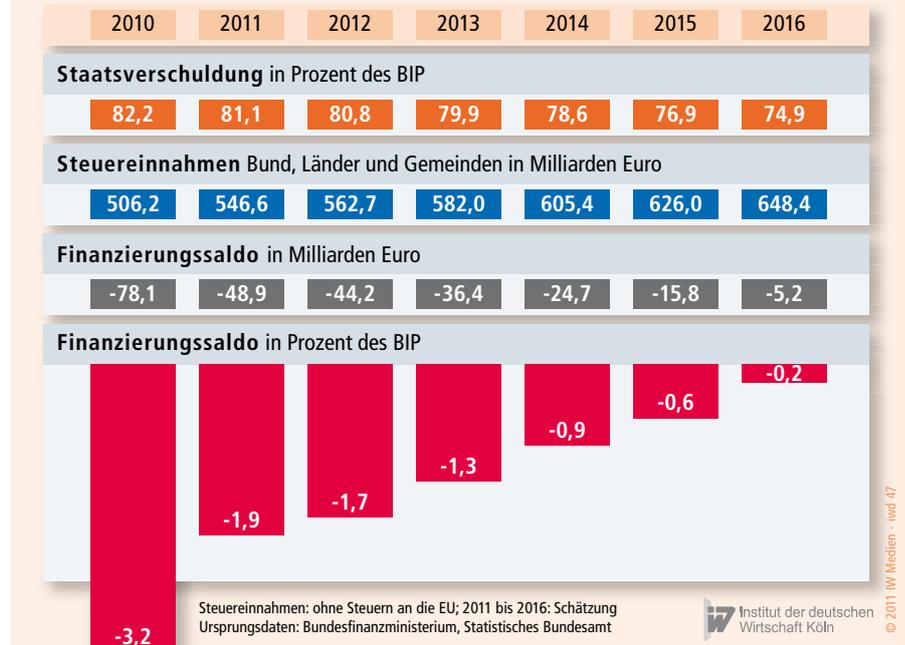
Mit 561,2 Milliarden Euro markierte das Jahr 2008 bislang den Rekord beim Steueraufkommen in Deutschland. Danach ging es durch die Krise mit dem größten Posten der Staatseinnahmen deutlich bergab. Doch bereits in diesem Jahr wird der Höchstwert von 2008 um 10 Milliarden Euro übertroffen. Und auch die weitere Entwicklung bis 2016 stimmt nach der aktuellen Steuerschätzung zuversichtlich: In jedem Jahr kommen demnach rund 20 Milliarden Euro zusätzlicher Steuereinnahmen dazu.

Einzig im kommenden Jahr wird das Plus von Bund, Ländern und Gemeinden laut Schätzung mit 16 Milliarden Euro etwas niedriger ausfallen. Der Grund dafür ist das erwartete schwächere Wirtschaftswachstum.

Ob es allerdings gelingt, mit den Steuermehreinnahmen die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, hängt – logisch – auch von den Staatsausgaben ab. Normalerweise hat der Staat keinen Grund, erheblich mehr als zuvor auszugeben – die schwere Krise ist vorbei, die Wirtschaft braucht keine Unterstützung mehr. Und eine erneute Rezession ist zumindest momentan trotz aller Turbulenzen nicht absehbar.

Die staatlichen Ausgaben werden allerdings noch von anderen Faktoren bestimmt, zum Beispiel von

Staatsfinanzen: Konsolidierung ist machbar



den Löhnen und Gehältern der öffentlich Bediensteten, die regelmäßig für eine Anpassung ihrer Einkommen an die Tarifabschlüsse in der privaten Wirtschaft kämpfen.

Nichtsdestotrotz gilt die eherne Regel, dass die staatlichen Ausgaben in den kommenden Jahren deutlich langsamer wachsen müssen als das Bruttoinlandsprodukt. Denn sonst würde der Staat ausgerechnet dann mehr ausgeben, wenn er Wirtschaft und Gesellschaft weitgehend sich selbst überlassen könnte. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat deshalb ein Szenario mit einem durchschnittlichen Ausgabenwachstum von 1 Prozent jährlich durchgerechnet:

Der Staat kann demnach jedes Jahr 11 bis 12 Milliarden Euro mehr ausgeben.

Lässt man alle anderen Einnahmen konstant – was eine sehr pessimistische Annahme ist –, können

Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2016 allein durch die Steuermehreinnahmen nahezu ausgeglichene Haushalte vorlegen. Der gesamtstaatliche Fehlbetrag schrumpft von 78 auf 5 Milliarden Euro. Das sind nur noch 0,2 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (Grafik). Auch die Verschuldungsquote geht spürbar zurück:

Betrug die Staatsverschuldung 2010 noch 82 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, werden es 2016 voraussichtlich nur noch 75 Prozent sein.

Steuersenkungen – beispielsweise durch eine Anhebung des Grundfreibetrags oder die Abschaffung der kalten Progression – sind in diesem Szenario nicht berücksichtigt, weil Steuerschätzer die Einnahmen immer auf der Basis des geltenden Rechts prognostizieren. Reformbedingte Steuerausfälle müssten also durch andere Einnahmen kompensiert werden.

Kosten killen Kaufkraft

Lohnentwicklung. Obwohl die Reallohne im vergangenen Jahrzehnt gleich geblieben sind, mussten die Arbeitgeber für eine Stunde Arbeit deutlich mehr bezahlen. Wie passt das zusammen?

In jeder Tarifrunde taucht dasselbe Problem auf. Die Gewerkschaften klagen darüber, dass Lohnerhöhungen bei den Arbeitnehmern nicht ankommen. Die Arbeitgeber weisen darauf hin, ihre Wettbewerbsfähigkeit sei nicht zuletzt durch zu hohe Arbeitskosten beeinflusst. Darin enthalten sind neben den Löhnen auch die von den Arbeitgebern häufig zu zahlenden Sozialabgaben – also Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge.

Einigen sich Arbeitgeber und Gewerkschaften in Tarifverhandlungen darauf, die Löhne um 3 Prozent zu erhöhen, steigen nicht nur die Bruttolöhne der Arbeitnehmer, sondern auch die von den Firmen zu schulternden Sozialabgaben.

Wenn die Produktivität, also die Leistungsfähigkeit der Belegschaften, genauso stark zunimmt wie die Arbeitskosten, bleiben die Lohnstückkosten – das Verhältnis von Arbeitskosten und Produktivität – unverändert. Wird die Arbeit aber erheblich teurer, zwingen steigende Lohnstückkosten die Unternehmen, ihre höheren Kosten auf den Verbraucher abzuwälzen, sodass auch Güter und Dienstleistungen teurer werden.

Für einen Arbeitnehmer bedeutet eine 3-prozentige Lohnerhöhung also nicht automatisch, dass sich auch seine Kaufkraft um 3 Prozent verbessert. Denn:

Legen die Preise infolge steigender Arbeitskosten ebenfalls um 3 Prozent zu, haben die Beschäftigten real nicht mehr in der Tasche.

Aus Arbeitnehmersicht sind Preiserhöhungen allerdings nicht der einzige Kaufkraftkiller. Auch der Staat beeinflusst durch seine Steuer- und Abgabenpolitik die Kaufkraft – in die eine wie die andere Richtung.

Dazu eine Rechnung: In den vergangenen zehn Jahren sind die Arbeitskosten je Stunde im Durchschnitt um 16 Prozent gestiegen. Preisbereinigt waren das immer noch 5,1 Prozent. Die Stundenlöhne dagegen blieben – ebenfalls nach Abzug der Preissteigerungen – nahezu konstant.

Aus Gewerkschaftssicht sieht die Bilanz noch magerer aus, denn sie machen eine Pro-Kopf-Rechnung auf. Demnach hatte jeder Arbeitnehmer am Ende des Jahrzehnts kaufkraftbereinigt rund 3½ Prozent weniger in der Tasche.

Zwischen dem sogenannten Produzentenlohn und dem Konsumentenlohn klafft demzufolge eine Lücke von 8,6 Prozentpunkten.

Zu diesem Effekt tragen mehrere Faktoren bei (Grafik):

1. Importpreise. Die gestiegenen Preise für ausländische Waren – vor allem für Öl und Gas – haben die Kaufkraft der Arbeitseinkommen erheblich geschmälert. Allein dies fraß 5,9 Prozentpunkte der Lohnerhöhungen auf.

2. Arbeitszeitverkürzung. Die durchschnittlichen Arbeitszeiten sind heute wesentlich niedriger als noch zu Beginn des Jahrtausends, weil es mehr Teilzeitbeschäftigte und Minijobber gibt. Der Arbeitszeiteffekt erklärt 3,7 Prozentpunkte der Differenz.

3. Steuern und Abgaben. Der Staat hat das Lohngeschehen in den vergangenen zehn Jahren unter dem Strich kaum beeinflusst. Leicht gestiegenen Sozialabgaben stehen Steuerentlastungen in vergleichbarem Umfang gegenüber.



Der Graben wird breiter

Staatsverschuldung. Ende 2011 werden alle Staaten der Erde zusammen rund 54 Billionen Dollar Schulden angehäuft haben. Doch während sich die Industrienationen in den vergangenen Jahren immer weiter verschuldeten, konsolidierten viele asiatische Staaten – mit weitreichenden Folgen.

Die Weltwirtschaft zu stabilisieren, hat viel Geld gekostet und zu einem immer breiteren Graben zwischen Industrieländern und Asien geführt (Grafik):

Die G7-Staaten erhöhten ihre Verschuldung seit dem Jahr 2000 von knapp 78 auf mehr als 119 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Derweil sank die der „Asian Five“ – Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Thailand und Vietnam – von fast 67 auf 37 Prozent.

Dass die fünf asiatischen Länder gut gewirtschaftet haben, ist aber nicht unbedingt der alleinige Grund für diesen Erfolg:

- Einerseits profitierten die Staaten von den Ausgaben der Industrienationen während der Krise. Denn indem die Politik die Wirtschaft unterstützte, erhöhte sie auch die Nachfrage nach ausländischen Produkten und Rohstoffen. Ein Beispiel ist die Abwrackprämie in Deutschland, die nicht nur den hiesigen Autobauern zugutekam.
- Andererseits vergeben Investoren Kredite in der Regel nur an leistungsfähige Länder. Unter Umständen bekommt ein Land wegen fehlender Kreditwürdigkeit also keine Kredite. Ein Rückgang der Schulden kann also auch ein Zeichen dafür sein, dass es keine neuen Kreditgeber gibt.

Ganz gleich, was die Gründe für die Konsolidierung sind, der Befund bleibt der gleiche: Die weltweiten Gewichte verschieben sich hin in den asiatischen Raum.

Doch Asien stabilisiert seine Wirtschaft nicht nur, indem es Schulden abbaut oder sie wie China bei starkem Wachstum nur moderat erhöht; einige Länder sorgten auch auf der monetären Seite durch zusätzliche Goldreserven vor. Thailand etwa erhöhte seine Goldbestände von knapp 73 auf fast 109 Tonnen. Auch deutlich gewichtigere asiatische Staaten unterlegen ihre Währung mit immer mehr Gold: China vergrößerte seine Reserven von 2000 bis 2011 um 659 auf rund 1.054 Tonnen.

Deutschland besitzt momentan 3.401 Tonnen Gold – verglichen damit sind die asiatischen Staaten also noch immer kleine Fische. Doch das könnte sich in den kommenden Jahren ändern, denn die Eurozone reduzierte ihre Goldreserven in den vergangenen elf Jahren von 12.457 auf 10.792 Tonnen.

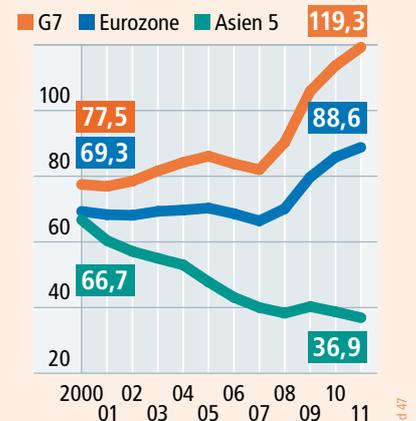
Dass die asiatischen Staaten gut aufgestellt sind, untermauern auch aktuelle Forschungsergebnisse des Internationalen Währungsfonds:

Reduziert ein Land seine Schulden um 1 Prozent des BIP, verbessert das seine Leistungsbilanz innerhalb von zwei Jahren um mehr als ein halbes Prozent des BIP.

Die Logik hinter dieser Rechnung ist folgende: Konsolidiert ein Staat, erhöht er in der Regel die Steuern und streicht Subventionen. Ausländische Investoren schrecken das ab, die Währung des Landes wird weni-

Schuldenabbau: Asien zeigt, wie's geht

Schulden in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



2011: Stand September; G7: Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, UK, USA; Asien 5: Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand, Vietnam

Quellen: International Monetary Fund, World Economic Outlook Database

IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - IwD 47

ger nachgefragt und wertet ab. Das lässt die jetzt billigeren Exporte ansteigen und die Leistungsbilanz – das sind Exporte minus Importe – verbessert sich. Gleichzeitig sinken die Importe, weil die Inlandsnachfrage durch die erhöhten Steuern zurückgeht. Das verbessert die Leistungsbilanz ebenfalls.

Allerdings droht in den kommenden Jahren ein klassisches Dilemma: Wenn viele Länder gleichzeitig konsolidieren müssen, können nicht alle ihre Leistungsbilanz verbessern – schließlich kann es weltweit nicht nur noch Nationen geben, die mehr exportieren als importieren.

Also werden jene Staaten, die besonders viel sparen müssen – etwa Australien, Kanada, Großbritannien und einige Mitglieder der Eurozone – eine Verbesserung ihrer Leistungsbilanz erreichen. Deutschland und die asiatischen Staaten, die ihre Hausaufgaben bei der Konsolidierung größtenteils schon gemacht haben, müssen sich indes künftig auf geringere Außenhandelsüberschüsse einstellen.

Spurrillen und bröckelnder Beton

Verkehrsetat 2012. Die Koalition hat beschlossen, den Verkehrsetat um 1 Milliarde Euro aufzustocken. Angesichts einer Investitionslücke von 24 Milliarden Euro ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Trotzdem signalisiert der Beschluss, dass für die Verkehrsinfrastruktur wieder mehr Geld bereitgestellt werden soll.

Offiziell heißen sie B 1, B 96, A 3 oder A 4 – in den Verkehrsnachrichten firmieren sie unter Namen wie Kölner Ring oder Sauerlandlinie. Doch egal, wie Autobahnen und Bundesstraßen heißen und wo sie liegen – an vielen Stellen findet man zentimetertiefe Spurrillen und von vielen Brücken bröckelt der Beton.

Dass an Deutschlands Straßen seit langem massiv gespart wird, sieht nicht nur jeder Autofahrer, die Investitionslücke lässt sich auch mit Zahlen belegen. So betrug der Investitionsbedarf für Fernstraßen laut einer Regierungskommission im Jahr

2000 rund 7 Milliarden Euro, nach heutiger Rechnung sind das 8,5 Milliarden Euro (Grafik). Doch der Finanzminister bewilligt seit Jahr und Tag im besten Fall nur etwas mehr als 5 Milliarden Euro. Allein die Konjunkturpakete haben den Verkehrsetat einmalig auf mehr als 6 Milliarden Euro gehievt. Aber:

Die mittelfristige Finanzplanung sieht vor, dass die Investitionen in Bundesautobahnen und Bundesstraßen bis 2015 bei etwa 4,8 Milliarden Euro pro Jahr verharren.

Dabei bräuchte der Straßenbau schon allein wegen der extrem gestiegenen Kosten mehr Geld. So sind die Preise für den Straßenbau zwischen 2005 und 2010 um 19 Prozent geklettert; größter Kostentreiber war der (ölbasierte) Asphalt mit plus 30 Prozent. Inklusive Preissteigerungen ist daher allein im vergangenen Jahrzehnt eine Investitionslücke von mehr als 24 Milliarden Euro aufge laufen.

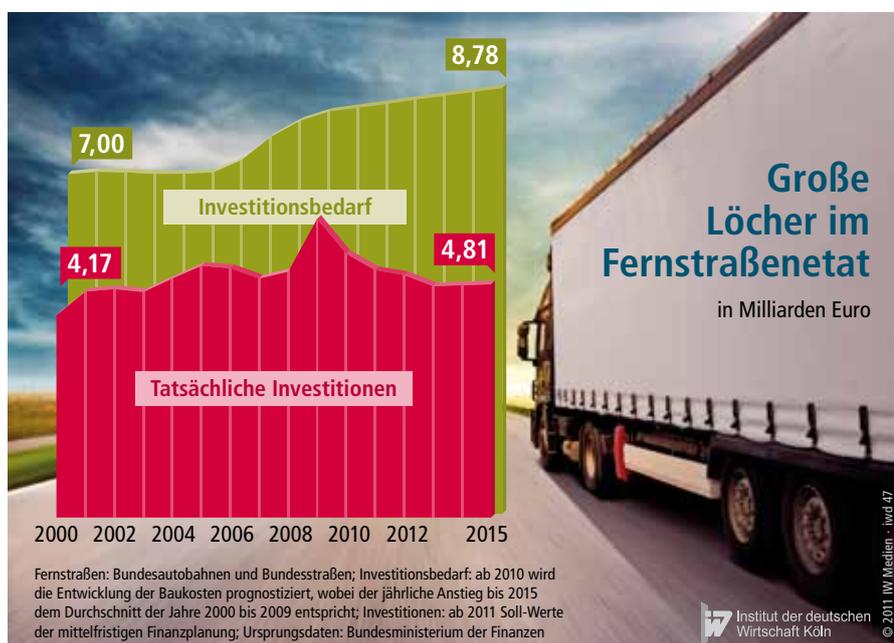
Die Aufstockung des Bundesverkehrsshaushalts um 1 Milliarde Euro – die noch zwischen den Verkehrsträgern Straße, Schiene und Wasserstraße verteilt werden muss – hat somit eher Symbolwirkung. Außerdem gibt es das Geld nur für ein Jahr. Neue Projekte müssten also innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein, wenn es kein Problem mit der Anschlussfinanzierung geben soll.

Bei den Landes- und Kommunalstraßen sieht es ebenfalls nicht gut aus. Hier klafft eine jährliche Investitionslücke von etwa 6 Milliarden Euro.

Um Deutschlands Straßen wieder in Schuss und die eine oder andere Ortsumgehung auf den Weg zu bringen, müssen die Verkehrsminister von Bund und Ländern dauerhaft mehr investieren. Das Geld wäre sogar da: Immerhin kassieren Bund, Länder und Gemeinden von den Autofahrern jährlich 45 Milliarden Euro an Steuern. Die Lkw-Maut bringt dem Bund darüber hinaus mehr als 3 Milliarden Euro im Jahr.

Aus den Steuermitteln und der Maut flossen aber 2011 lediglich 4,8 Milliarden Euro zurück in den Fernstraßenbau.

Darüber hinaus muss das System der Straßenfinanzierung auf den Prüfstand. Die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft – sie finanziert mit den Einnahmen aus der Lkw-Maut den Autobahnbau – sollte zum Beispiel die Möglichkeit erhalten, Kredite für Baumaßnahmen aufzunehmen. Dann könnte sie auch langfristige Bauprojekte anschieben. Bisher ist die Finanzierung von Bauarbeiten auf ein Jahr begrenzt.



Wohl kein Durchbruch in Durban

Klimapolitik. Ende November treffen sich die internationalen Klimadiplomaten im südafrikanischen Durban. Erneut geht es darum, ein neues globales Klimaschutzabkommen auf den Weg zu bringen.

Bereits seit Jahren wird über einen Nachfolgevertrag für das Kyoto-Abkommen aus dem Jahr 1997 verhandelt. Ende 2009 ist der erfolgversprechendste Versuch auf dem Klimagipfel in Kopenhagen gescheitert – wieder einmal am Nein der Vereinigten Staaten und Chinas. Keine der beiden Nationen war zu substanziellen Zugeständnissen bereit.

Und das, obwohl die Europäische Union eine Senkung ihrer Emissionen um bis zu 30 Prozent unter der Voraussetzung angeboten hatte, dass sich andere Länder bis 2020 vergleichbare Ziele setzen. Weiter kann die EU kaum gehen – noch strengere einseitige Emissionsminderungen würden die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Branchen in Europa gefährden und dem Klima letztlich wenig nützen.

In Durban ist jedoch kaum ein Durchbruch zu erwarten. Dabei wäre es höchste Zeit, denn ohne ein globales Abkommen wird die dringend nötige Reduktion der weltweiten Treibhausgasemissionen nicht gelingen.

Das wäre fatal, denn schließlich war schon das bis 2012 laufende Kyoto-Protokoll wenig erfolgreich. Im Jahr 1997 hatten sich im japanischen Kyoto wichtige Industrieländer auf eine Reduktion von Treibhausgasen geeinigt. Doch 14 Jahre später zeigt sich, dass es in vielen

Ländern bei Absichtserklärungen geblieben ist.

So sollte beispielsweise die EU ihren Ausstoß von Kohlendioxid und anderen Klimagasen bis 2012 gegenüber 1990 um 8 Prozent reduzieren; Deutschland hat sich zu Einsparungen von 21 Prozent verpflichtet (Grafik). Manche Staaten wie Australien dürfen ihre Emissionen dagegen sogar ausweiten. Ein weiteres Manko: Die Vereinigten Staaten sind dem Abkommen gar nicht erst beigetreten.

Auf den ersten Blick haben die Kyoto-Staaten ihre Hausaufgaben zumindest bisher weitgehend gemacht. Die damals 15 EU-Staaten haben ihr Reduktionsziel von 8 Prozent im Jahr 2009 mit fast 13 Prozent übererfüllt. Deutschland konnte statt der geforderten 21 Prozent gute 26 Prozent erreichen. Diese Zahlen halten aber einem kritischen Blick nicht stand, denn sie sind im Wesentlichen auf die Wirtschaftskrise von 2009 zurückzuführen:

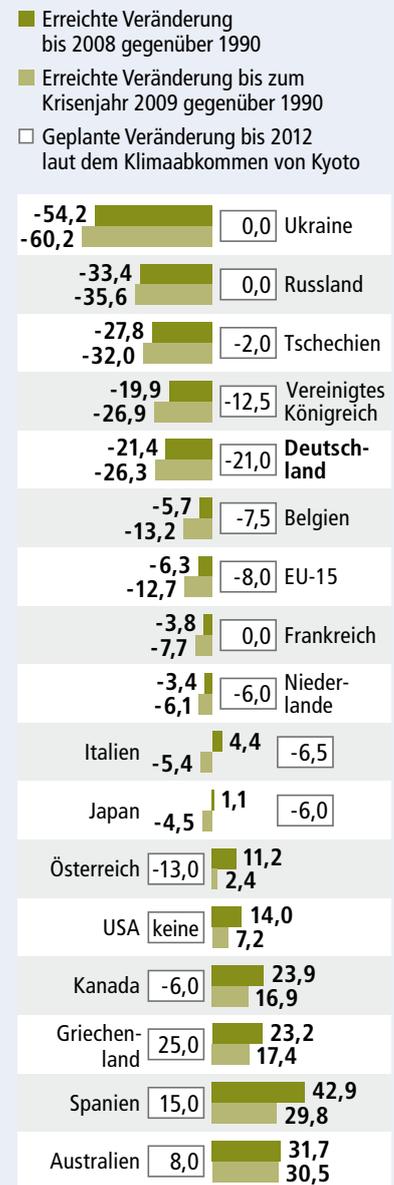
So lag 2008 der EU-Wert mit einem Minus von 6,3 Prozent noch klar unter dem Ziel. Und selbst die Bundesrepublik hatte ihre Messlatte mit 21,4 Prozent nur knapp erreicht.

Damit ist Deutschland eins von lediglich zwei Industrieländern, die ihre Reduktionsverpflichtungen sowohl 2008 als auch 2009 erfüllt haben. Nur Großbritannien hat sich ebenfalls in beiden Jahren an die Kyoto-Vorgaben gehalten.

Hinzu kommt: Nicht nur die USA haben sich dem Protokoll verweigert, auch China – inzwischen der weltweit größte Verursacher von Treibhausgasen – ist nicht in den interna-

Klimaschutz: Plan und Wirklichkeit

Ausstoß von Treibhausgasen, in Prozent



Ursprungsdaten:
UN-Klimasekretariat

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwvd 47

tionalen Klimaschutz eingebunden. Das Reich der Mitte will sich seine Aussichten auf wachsenden Wohlstand nicht durch restriktive Emissionsvorschriften begrenzen lassen. Peking war noch nicht einmal dazu bereit, das Wachstum seiner Emissionen zu begrenzen.

Mobile Business im Mittelstand

Die Initiative „Prozesse und Standards“ (PROZEUS) berät kleine und mittlere Unternehmen, wie sie mithilfe elektronischer Geschäftsprozesse ihre Arbeitsabläufe verbessern können. In einer neuen Veröffentlichung informiert das vom Bundeswirtschaftsministerium finanziell geförderte Projekt insbesondere Entscheider aus kleinen und mittleren Unternehmen über das Thema Mobile Business. Anhand von zwei Praxisbeispielen werden die Chancen und Möglichkeiten von mobilen Business-Anwendungen aufgezeigt. Die Broschüre „Mobile Business“ ist kostenfrei sowohl als Download als auch als Printversion erhältlich. PROZEUS wird betrieben vom GS1 Germany GmbH – Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für unternehmensübergreifende Geschäftsabläufe sowie von der IW Consult, einer Tochter des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.



GS1 Germany GmbH, Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH (Hrsg): Mobile Business. Neue Geschäftsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen, Köln 2011, 40 Seiten, ISBN 978-3-602-45056-5

www.prozeus.de

Adressaufkleber

Noch zu wenig verbreitet

Neue Medien: Kleinere Unternehmen wenig mobil

So viel Prozent der Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeitern nutzten im Jahr 2010 diese Dienste als mobile Anwendung



Mehrfachnennungen; Befragung von 1.223 Unternehmen; Quelle: Wik Consult GmbH

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 47

Mobile Anwendungen. Obwohl Handys, Smartphones und Laptops kaum noch aus dem Alltag wegzudenken sind, nutzen Mittelständler die mobilen Helfer noch relativ wenig.

Smartphones und Tablet-PCs revolutionieren auch die Arbeitswelt. Die passenden Business-Anwendungen vorausgesetzt, kann man heute mit den mobilen Endgeräten unterwegs fast genauso gut arbeiten wie am Arbeitsplatz im Betrieb.

Einer Studie der Wik Consult GmbH zufolge nutzen aber immer noch 11 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutsch-

land keinerlei Mobilfunktechnologien. Von denen, die sie einsetzen, nutzt jedes vierte lediglich die Sprachtelefonie (Grafik).

Nur gut jeder dritte Betrieb greift auf das mobile Internet zurück.

Davon nutzen die meisten Anwendungen, mit denen sich Kalender verwalten lassen, Office-Dokumente bearbeitet werden können oder der externe Zugriff auf Unternehmensdaten ermöglicht wird. Für das Flottenmanagement setzen kleine und mittlere Unternehmen die mobilen Helfer allerdings noch sehr selten ein.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Fotos: Fotolia, MEV
Druck: Bercker Graphischer Betrieb GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.